

# Rechtsextremismus in der Bundeswehr

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **95 (2020)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-914429>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Rechtsextremismus in der Bundeswehr

Seit dem Frühjahr 2020 häufen sich Meldungen zu Rechtsextremismus in der Bundeswehr, speziell im Kommando Spezialkräfte (KSK). Die Bundeswehr hat nach Sicherheitsüberprüfungen in den letzten Monaten mehr als 800 Reservisten wegen Extremismusverdachts von Reservendienstleistungen ausgeschlossen.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Nach mehreren Hinweisen auf Rechtsextremisten unter Reservisten der Bundeswehr hatten der MAD und das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2019 eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet, in der seither mehr als Tausend Fälle von möglicherweise rechtsextremistischen Soldaten untersucht wurden.

Dieser Beitrag untersucht die Analyse des Militärischen Abschirmdienstes und nutzt dabei die aktuellen Zahlen zu Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, in der Bundeswehr. Ausführlich wird Rechtsextremismus im Kommando Spezialkräfte (KSK) untersucht. Abschliessend werden die Gegenmassnahmen des deutschen Verteidigungsministeriums dargestellt.

## Eine «neue Dimension»

Der Präsident des Militärischen Abschirmdienstes (der Militärische Abschirmdienst, MAD, ist die Verfassungsschutzbehörde der Bundeswehr und überprüft potenziell extremistische Soldaten), Dr. Christof Gramm, sprach Ende Juni bei einer öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die Nachrichtendienste im deutschen Bundestag von einer «neuen Dimension» beim Problem des Rechtsextremismus in der Bundeswehr.

Dort führte er aus, dass die Verdachtsfälle von Rechtsextremisten und sogenannten Reichsbürgern in der Bundeswehr in den letzten Monaten erkennbar auf mehr als 600 angestiegen sei. Gramm

## Hinweis der Redaktion

Dieser Beitrag gibt ausschliesslich die persönliche Meinung des Autors wieder.

führte aus: «Wir schauen genauer hin auf Extremisten und auch auf Personen mit fehlender Verfassungstreue. Dabei wurden wir fündig», wengleich die überwiegende Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verfassungstreu sei. «Überhöhter Patriotismus ohne Bekenntnis zum Grundgesetz, zum Staat des Grundgesetzes und zur offenen Gesellschaft werde in der Bundeswehr nicht geduldet», so der Präsident des MAD.

Gramm erinnerte an die Berufspflicht der Bundeswehr-Soldaten zur Verfassungstreue: «Wer den Staat unseres Grundgesetzes negiert, wer in einem extrem zugespitzten Freund-Feind-Denken lebt, wer sich rassistisch, fremdenfeindlich oder antisemitisch äussert, kann und darf keine Heimat in der Bundeswehr finden.»

## Extremismus in der Bundeswehr

Der aktuelle MAD-Report für das Jahr 2019 berichtet von insgesamt 482 Verdachtsfallbearbeitungen Extremismus, dabei 363 im Bereich Rechtsextremismus, 77 im Bereich Islamismus, 17 im Bereich Ausländerextremismus, 16 bei «Reichsbürgern» und «Selbstverwaltern» und neun im Bereich Linksextremismus. Die Verdachtsfallbearbeitungen für Rechtsextremisten in

der Bundeswehr stiegen von 227 Fällen im Jahr 2016 auf 343 Fälle im Jahr 2017, sank auf 270 Fälle im Jahr 2018 und stieg auf ein Rekordhoch von 363 im Jahr 2019.

Der MAD führt aus, dass Auslöser für die Aufnahme der Bearbeitung eines Verdachtsfalles Rechtsextremismus überwiegend ausländer- bzw. fremdenfeindliche Aussagen u. a. in sozialen Medien waren. Hinzu kamen rechtsextremistische Propagandadelikte wie das Abspielen von Musik rechtsextremistischer Interpreten innerhalb militärischer Liegenschaften, der Besitz von einschlägigem Propagandamaterial und die Teilnahme an rechtsextremistischen Kundgebungen und Konzerten. Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Gruppierungen, Organisationen und Parteien wurden nur in wenigen Einzelfällen festgestellt.

Der MAD erkannte im Jahr 2019 im Phänomenbereich Rechtsextremismus acht Extremisten und 27 Personen, die den Verdacht einer fehlenden Verfassungstreue begründeten.

## Rechtsextremismus im KSK

Das Kommando Spezialkräfte (KSK) sind die Spezialkräfte der Bundeswehr, eine geheim operierende Einheit mit insgesamt ca. 1400 Kommandosoldaten und Unterstützungskräften. Zu den Aufgaben des KSK zählt die Rettung Deutscher aus Kriegs- und Krisengebieten, die Festnahme von Kriegsverbrechern und Terroristen, das Gewinnen von Informationen in Krisengebieten, die Ausbildung verbündeter Streitkräfte und die Bekämpfung strategisch wichtiger Stellungen eines Gegners. In den vergangenen Jahren war das KSK immer wieder wegen rechtsextremistischer Vorfälle in die Schlagzeilen geraten.

Der Fund von Munition und Waffen auf dem Privatgrundstück eines Kommandosoldaten des KSK führte im Mai dazu, dass die Geduld der deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer mit dem KSK am Ende war. Ermittler des Landeskriminalamtes Sachsen durchsuchten das Privathaus und den Garten eines Kommandosoldaten und fanden u.a. zwei Kilogramm Plastik-Sprengstoff und ein Maschinengewehr der Marke Kalaschnikow. Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft Dresden ist der Oberstabsfeldwebel dringend tatverdächtig,

gegen Waffen- und Sprengstoffgesetze sowie das Kriegswaffenkontrollgesetz verstossen zu haben. In seinem Waffenversteck fanden sich auch ein Schalldämpfer, Zündschnüre für den Sprengstoff sowie nationalsozialistische Literatur. Mit diesem Vorfall, sagte die Verteidigungsministerin später, sei endgültig eine «neue Dimension» von Missständen beim KSK erreicht worden.

### Kompanie gänzlich aufgelöst

Anfang Juli 2020 stellte die Verteidigungsministerin die Ergebnisse einer ministeriellen Arbeitsgruppe vor, das KSK tiefgreifend reformiert, eine besonders auffällige Kompanie des KSK gänzlich aufgelöst. In dem Bericht dieser Arbeitsgruppe heisst es, Teile des KSK hätten sich über die Jahre hin verselbstständigt. Es habe, den Anschein, dass sich «eine Kultur und ein Nährboden für extremistische Tendenzen» entwickelt hätten. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssten «verkrustete Strukturen im KSK aufgebrochen» werden, so die Schlussfolgerung.

### 20 Fälle von Rechtsextremismus

Aktuell wird nach Angaben des MAD konkret gegen 20 Soldaten des KSK wegen des Verdachts auf Rechtsextremismus ermittelt. Im KSK könne man «nicht mehr von rechtsextremistischen Einzelfällen» ausgehen, wengleich der MAD «keine Untergrundarmee im KSK» entdeckt habe. In Bezug auf Rechtsextremismus im KSK spricht der Präsident des MAD von einem «ausgeprägten Korpsgeist beim KSK», von einer «Mauer des Schweigens», jedoch gelinge es dem MAD bei dieser Mauer «Risse zu erzeugen».

### Gegenmassnahmen aus Berlin

Der Bericht über Rechtsextremismus in der Bundeswehr, den der Generalinspekteur Zorn Ende Juni der Verteidigungsministerin vorlegte, umfasst 60 Einzelmassnahmen, die sich mit der Führung und Kontrolle des KSK und mit der Aus- und Fortbildung im Bereich Freiheitliche demokratische Grundordnung befassen.

In einer Vorbemerkung gestand der Parlamentarische Staatssekretär Peter Tauber (CDU) gegenüber dem Bundestag schwere Versäumnisse auf allen Ebenen bei der Führung des KSK und bei der Be-



Bild: Spiegel

**Konkret wird gegen 20 Soldaten des KSK ermittelt.**

wertung extremistischer Tendenzen ein. Teile des Verbands hätten, so schreiben Generalinspekteur Eberhard Zorn und die «Arbeitsgruppe KSK», «sich über die Jahre hin verselbstständigt». Für das KSK kommt Tauber zum Urteil: «Die Dienstaufsicht aller Ebenen oberhalb der Kompanie hat in diesem Segment über einen längeren Zeitraum eine bedenkliche Entwicklung nicht erkannt oder unterschätzt.» Daraus folge, dass das KSK «nicht in seiner jetzigen Verfassung bestehen bleiben kann».

Das KSK wird auf Initiative des BMVg hin tiefgreifend reformiert, die zweite Kompanie wird gänzlich aufgelöst. «Wir werden den gesamten Bereich der Ausbildung neu organisieren», erklärte die Ministerin und betonte, dass auch andere Teile der Bundeswehr von Überprüfungen und Neustrukturierungen betroffen seien: «Ich will noch mal sagen, es ist nicht nur die Frage des KSK», sagte die Ministerin.

### Fazit

Damit in Zukunft Rechtsextremisten schneller aus der Truppe entfernt werden können, wird es einen neuen Tatbestand in der Personalführung geben, so der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhardt Zorn. Der CDU-Verteidigungspolitiker Henning Otte bezeichnete die rechtsext-

remistischen Vorfälle beim KSK als beunruhigend, sieht nach eigenen Angaben aber keinen Grund, das KSK unter Generalverdacht zu stellen. Weiter führte Otte im Deutschlandfunk aus, dass sich zeige, dass das Problembewusstsein für Rechtsextremismus im KSK gewachsen sei und die Aufklärung funktioniere.

Auch die Wehrbeauftragte Högl (SPD) begrüsst die von der Verteidigungsministerin geplante Strukturreform für das KSK. Högl sagte, die Vorschläge seien richtig und konsequent, man müsse aber abwarten, wie die Massnahmen wirkten. Das Agieren des Kommandeurs des KSK, der in einem offenen Brief Verfassungstreue angemahnt hatte, und Soldaten, «die mit dem rechten Spektrum sympathisieren», zum Austritt aus der Bundeswehr aufgefordert hatte, sei «vorbildlich und gelebte Innere Führung», befand die Wehrbeauftragte.

Abschliessend bleibt festzustellen: Rechtsextremismus in der Bundeswehr gefährdet die freiheitliche demokratische Grundordnung und sowohl das deutsche Verteidigungsministerium als auch die zuständigen Stellen der Bundeswehr müssen sofort alle notwendigen Massnahmen ergreifen, um Rechtsextremismus in der Bundeswehr zu unterbinden. +